

Bundesarbeitsgemeinschaft Ständige Kulturpolitische Konferenz

Grundsatzpapier der kulturellen Emanzipation: Grundsätze und Strategien linker Kulturpolitik in der Transformation

Für eine emanzipatorische und sozialistische Kulturpolitik

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie weitet den Blick über die Künste hinaus auf die Gesamtheit aller Bedingungen für ein reiches und sinnerfülltes, zukunftsfähiges Leben. Linke Kulturpolitik fördert Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung und ermutigt kritisches Denken. In einer Zeit multipler Krisen und gesellschaftlicher Spaltung darf sie sich nicht auf die Verwaltung des Bestehenden beschränken.

Unsere Vision ist eine demokratisch-sozialistische Kulturpolitik. Sie begreift, kulturelles Handeln als konstituierend für eine zukünftige Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

1. Kultur als Grundrecht und öffentliche Daseinsvorsorge

Kultur ist kein Luxus, keine Ware und ihre öffentliche Förderung keine bloße „freiwillige Leistung“, sondern nach unserer festen Überzeugung eine Pflichtaufgabe. Kulturförderung ist ein universelles Grundrecht, ein Gemeingut und integraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Zugang zu den Künsten und die Möglichkeit zur eigenen schöpferischen Praxis dürfen nicht vom Geldbeutel oder der Postleitzahl abhängen.

- **Staatsziel Kultur:** Wir fordern die Verankerung der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz, um Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung auf Bundesebene zur Berücksichtigung kultureller Belange zu verpflichten.
- **Ende des Kooperationsverbots:** Um die Finanzierung auf eine sichere Grundlage zu stellen, bedarf es einer Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz. Bund, Länder und Kommunen müssen bei der Förderung des kulturellen Lebens dauerhaft zusammenwirken können.
- **Pflichtaufgabe der Kommunen:** Wir setzen uns für spartenspezifische und übergreifende Fördergesetze in den Ländern ein, mit denen die kommunale Kulturförderung als Pflichtaufgabe definiert und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird.
- **Kultur als öffentliche Daseinsvorsorge:** Museen, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen und soziokulturelle Zentren müssen perspektivisch kostenfrei zugänglich sein. Oper, Schauspiel und Konzert bedürfen bezahlbarer Eintrittspreise. Linke Kulturpolitik setzt sich für die Demokratisierung kultureller Institutionen ein, und, wo immer sie kann, sorgt sie dafür, dass Entscheidungen über kulturelle Angelegenheiten von einer breiten und vielfältigen Gruppe von Menschen mitgetragen werden.

2. Soziale Sicherheit und gute Arbeit für Kulturschaffende

Echte Freiheit der Kunst bleibt eine Illusion, solange Kulturschaffende in prekärer Abhängigkeit leben. Wir kämpfen für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Garantien als Standard im gesamten Kultursektor.

- **Gerechte Honorierung:** Öffentliche Förderung darf nur fließen, wenn verbindliche Basishonorare und faire Vergütungsstandards eingehalten werden.
- **Soziale Absicherung:** Wir verteidigen die Künstlersozialkasse (KSK), wollen sie für alle kreativen Berufe öffnen und fordern eine obligatorische Arbeitslosen- und Altersvorsorge für Soloselbstständige gegen drohende Altersarmut.
- **Schutz der Infrastruktur:** Ateliers, Probenräume und Clubs müssen durch kommunale Vorkaufsrechte und eine Gewerbemietpreisbremse vor der Verdrängung durch Immobilienkapital geschützt werden.
- **Künstliche Intelligenz ist als Gemeingut zu behandeln:** Was wir derzeit erleben, ist ein beispielloser Raubzug an der schöpferischen Arbeit von Kreativen durch Tech-Konzerne, die ihre Modelle ungefragt und unvergütet mit urheberrechtlich geschützten Werken trainieren. Wir verlangen die Förderung von Open-Source-KI, wollen den kollektiven Besitz an diesen Technologien verankern und fordern zweckgebundene Abgaben von KI-Anbietern zur finanziellen Absicherung des Kultursektors. Das Urheberrecht muss menschliche Arbeit schützen und darf nicht zum Freifahrtschein für die Profitinteressen der Tech-Monopole verkommen.

3. Kunstfreiheit verteidigen – Gegen Rechtsruck und Zensur

Die Kultur ist zum zentralen Kampffeld der Rechten geworden. Deren „kulturelle Konterrevolution“ zielt darauf ab, Freiheit und Solidarität völkisch-national umzudeuten. Gleichzeitig erleben wir einen autoritären Umbau der Gesellschaft von der Mitte aus. Linke Kulturpolitik verteidigt zivilgesellschaftliche Netzwerke und stellt sich entschieden gegen:

- **Staatliche Gesinnungsprüfung (Haber-Verfahren) und Ausgrenzung:** Es ist ein beispielloser autoritärer Vorgang, wenn Akteure der Kultur- und Zivilgesellschaft ungefragt und ohne davon in Kenntnis gesetzt zu werden durch den Verfassungsschutz durchleuchtet werden und die so gewonnenen Informationen zur geheim gehaltenen Grundlage von Entscheidungen werden. Die Anwendung des sogenannten „Haber-Verfahrens“ zur gezielten Ausladung linker Buchläden von Staatspreisen sowie die anhaltenden politischen Angriffe auf Initiativen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sind ein direkter Schlag gegen die kritische Zivilgesellschaft. Wer engagierte Demokrat*innen unter Generalverdacht stellt, leistet dem rechten Kulturkampf aktiv Vorschub.
- **Kürzungshaushalte als Disziplinierung:** Die massiven Kürzungen sind ein direkter Angriff auf die Vielfalt der freien Szene, nicht nur der gesellschaftskritischen. Wir leisten Widerstand gegen dieses Prinzip des ökonomischen Rasenmähers.
- **Jede Gesellschaft profitiert von Vielfalt.** Offene und vielfältige Kritik schützt die Gesellschaft vor Sackgassen, vor kreativitätshemmender Selbstzensur und vor erniedrigenden Gesinnungsklausel.

- **Gesinnungsklauseln und Selbstzensur:** Der Kampf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Nationalismus ist ein unverrückbares Fundament linker Kulturpolitik. Dafür steht auch das Gleichheitsgebot im Grundgesetz, und die Linke wird nie zulassen, dass dessen Antidiskriminierungsklauseln infrage gestellt werden. Wir verteidigen die Kunst- und Meinungsfreiheit.

4. Aktive Erinnerungs- und Erkenntniskultur als Voraussetzung der wehrhaften Demokratie

Eine lebendige und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ist das Fundament unserer Demokratie. Deutlich werden muss, dass die Menschen verantwortlich sind für das, was geschieht und dass jeder Einzelne aktiv und passiv daran beteiligt ist.

Wir begnügen uns nicht mit hohlen, staatstragenden Ritualen, sondern fordern den Wandel hin zu einer echten Erkenntniskultur. In diesem Sinne fordern wir, insbesondere für Jugendliche Bildungsformate zu entwickeln und anzubieten, die nachhaltige Erfahrungen ermöglichen und deren Wirkung auf empirischer Ebene belegbar zu Chancen für einen Wandel hin zu einer echten „Erkenntniskultur“ führt.

Aus der Geschichte müssen konkrete Lehren abgeleitet werden, um autoritäre, rassistische und faschistische Strukturen in der Gegenwart frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

- **NS-Terror und BRD-Kontinuitäten schonungslos aufarbeiten:** Die aktive Erinnerung an den Zivilisationsbruch der Shoah und den NS-Terror bildet das unverrückbare Fundament unserer antifaschistischen Haltung. Doch Erinnern darf kein leeres, staatstragendes Ritual sein. Wir fordern die offene Auseinandersetzung mit den personellen, juristischen und strukturellen Kontinuitäten des Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik. Während NS-Täter in Justiz, Polizei und Verwaltung bruchlos Karriere machten, wurden Opfergruppen (wie Sinti und Roma, Homosexuelle oder Deserteure) jahrzehntelang weiter marginalisiert und der Antifaschismus kriminalisiert.
- **Gewaltgeschichte des Kolonialismus:** Diese muss als strukturelles Unrecht begriffen und in den Lehr- und Kulturplänen verankert werden. Wir fordern die konsequente Restitution unrechtmäßig erworbener Kulturgüter und die Erforschung kolonialer Kontinuitäten im heutigen Rassismus.
- **Gesamtdeutsche DDR-Erinnerung:** Die DDR-Geschichte ist integraler Teil der gesamtdeutschen Geschichte. Wir würdigen die kulturellen Errungenschaften und Lebensleistungen der Menschen im Osten, ohne das staatliche Unrecht und die mangelnde Demokratie der SED-Diktatur zu verschweigen

5. Identität und Klasse: Die Solidarität der Verschiedenen

Soziale Gerechtigkeit und der Kampf um Anerkennung marginalisierter Gruppen sind untrennbar verwoben. Eine moderne sozialistische Klassenpolitik begreift die Vielfalt als ihre

größte Stärke.

- **Repräsentation:** Paritätisch besetzte Gremien und Jurys müssen sicherstellen, dass die Vielfalt der Gesellschaft auf allen Ebenen abgebildet wird und transparente Förderverfahren unabhängig von politischer Einflussnahme gelingen können.
- **Inklusive Sprache:** Wir streben eine Sprache und Praxis an, die Brücken baut und Menschen unabhängig von ihrem formalen Bildungshintergrund zur Teilhabe einlädt, statt neue Barrieren zu errichten.

In einer Zeit des Rechtsrucks ist eine starke, emanzipatorische Kulturpolitik das Rückgrat einer solidarischen Gesellschaft. Wir kämpfen für Rahmenbedingungen, unter denen jeder Mensch sein schöpferisches zur Entfaltung bringen kann.

Beschlossen in der Mitgliederversammlung der BAG SKK am 18.04.2026